

„Ausreichender Beitrag zur Energiewende“

Bürgermeister diskutiert mit MdL von Lerchenfeld über Windkraftflächen: Nur Seubersdorf und Großziegenfeld annehmbar

WEISMAIN - Die Stadt kann bei aktuellen und künftigen Vorhaben auf die Hilfe des Landtagsabgeordneten vertrauen. Dies ist das Ergebnis eines Besuchs von Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, bei dem Bürgermeister Udo Dauer dem CSU-Politiker die Stärken und Schwächen Weismains näher brachte. Einmal mehr nahm das Thema Windkraft einen bedeutenden Raum ein.

Der Meinungsaustausch während der Stippvisite des Landtagsabgeordneten, der seit Dezember anstelle des jetzigen Lichtenfelser Landrats Christian Meißner die hiesigen Interessen in München vertritt, fand nicht nur im Dienstzimmer des Bürgermeisters statt. Während einer Fahrt durch das Stadtgebiet präsentierte Udo Dauer dem Gast aus Heinersreuth bei Presseck (Landkreis Kulmbach) einige vor kurzem abgeschlossene Projekte.

Im Mittelpunkt der Tour durch den Jura stand das beherrschende Thema der vergangenen Wochen. Vor Ort machte der Bürgermeister seine Meinung deutlich, dass er einen Teil der Windenergie-Vorrangflächen für ungeeignet hält. Angesichts großer Aufkommen von Freiflächenphotovoltaik (Buckendorf, Fesselsdorf), Dachphotovoltaik (im gesamten Stadtgebiet) und Biogasanlagen (alleine acht im Buckendorfer Bereich) leiste Weismain einen „mehr als ausreichenden Beitrag zur Energiewende“, argumentierte Dauer.

Umzingelung vermeiden

Zugleich wies er auf die „Summationswirkung“ der geplanten Windräder an der Grenze von vier Landkreisen hin, an der sich nicht nur große Teile der Bevölkerung stören. Auch hinsichtlich des Landschaftsbildes und des Tourismus werden negative Auswirkungen befürchtet.

Deshalb kündigte Dauer eine Stellungnahme an, die dem Stadtrat vorgelegt werden soll. Darin bezeichnet die Stadt aus rechtlichen Gründen lediglich die Bereiche bei Seubersdorf und Großziegenfeld als „annehbare Flächen“ und fordert einen Verzicht auf Windkraftanlagen in sämtlichen weiteren vorgesehenen Gebieten. Darüber hinaus spricht sich Dauer für eine Angleichung der Planungskriterien der Verbände Ost und West aus, um „Umzingelungen“ zu vermeiden. Bei den Überlegungen im Osten des Planungsverbandes sei dem Bürgermeister zufolge nämlich die Summation ein Ausschlusskriterium gewesen.

Beim Landtagsabgeordneten stieß der Weismainer Verwaltungschef mit diesem Ansinnen auf offene Ohren. Ludwig von Lerchenfeld bat um umgehende Zusendung der Stellungnahme, sobald sie vom Stadtrat verabschiedet worden ist, um beim regionalen Planungsverband West in Bamberg auf die Problematik hinzuweisen und das Vorhaben voranzutreiben.

Die gleiche Zusage machte er in Hinblick auf die Umsetzung der Verlegung der Ortsdurchfahrt von Weismain in Verbindung mit der Umgehung von Wunkendorf und Modschiedel.

Neben den Stärken des Städtchens - darunter engagierte Bürger, ein florierender Mittelstand und die niedrigste Arbeitslosenquote im Landkreis - brachte der Bürgermeister seinem Gast auch die Schwächen näher: die geringe Bevölkerungsdichte auf eine Fläche so groß wie die der Stadt Würzburg, mit immensen Unterhaltskosten für Versorgungsleitungen und Straßen. Außerdem die großen Schulden, die sich in den vergangenen Jahrzehnten anhäuferten. Oder das sanierungsbedürftige Abwasserleitungsnetz in der Altstadt, dessen Instandsetzung vermutlich bis zu 40 Millionen Euro verschlingen wird - und das ohne staatliche Förderung (Dauer: „Ein Riesenproblem“).

Da Lerchenfeld bei der Fahrt auch erfuhr, wie man mit wenig Geld vorwärts kommen kann (etwa durch das Einsetzen für die Subventionierung größerer Vorhaben wie die Grundschulsanierung und den Vollausbau des „Frankenberger Bergs“) lobte er Dauer für seinen „gedanklichen Weitblick“.

Neues Finanzierungskonzept

Auf die vom Abgeordneten versprochene Unterstützung wird Dauer bestimmt noch öfter zurückkommen: Da das Förderprogramm für Struktur- und Konsolidierungshilfen in diesem Jahr ausläuft, arbeite er derzeit an einem darüber hinaus gehenden Konzept zur Finanzierung künftiger Projekte, verriet der Bürgermeister. Dafür seien aber zahllose Verhandlungsrunden mit Landratsamt, Regierung und Ministerien nötig, bei denen ein „gutes Wort“ des Freiherrn hilfreich sei. -lut-